

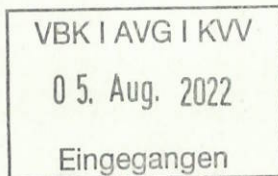


Verkehrsbetriebe Karlsruhe GmbH
Planungsabteilung V2-PL2/Peter

**Änderung der Oberleitungsanlagen und punktuelle Anpassung von Gleisanlagen
auf der VBK Strecke 11300 Eckenerstraße bis Waidweg
in Karlsruhe-Daxlanden**

Planfeststellung nach § 28 (1) PBefG

**Anlage 11
Umweltuntersuchung - UVP-Vorprüfung**



Baden-Württemberg

REGIERUNGSPRÄSIDIUM KARLSRUHE

ABTEILUNG 1 - STEUERUNG, VERWALTUNG UND BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

Regierungspräsidium Karlsruhe · 76247 Karlsruhe

Verkehrsbetriebe Karlsruhe GmbH (VBK)
Herrn Andreas Peter
Tullastraße 71
76131 Karlsruhe

Karlsruhe 04.08.2022
Name Simone Harms
Durchwahl 0721 926-8578
Mo-Fr 8:00-12:30Uhr
Aktenzeichen RPK17-3871.1-11
(Bitte bei Antwort angeben)

Grunderneuerung der Oberleitungsanlagen und punktuelle Anpassung von Gleisanlagen auf der VBK-Strecke 11300 Eckenerstraße – Waidweg in Karlsruhe-Daxlanden

Feststellung über das Unterbleiben einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gem. § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Ihr Schreiben vom 18.07.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Peter,

für das o.g. Bauvorhaben wird gemäß § 5 UVPG festgestellt, dass keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Begründung:

Die Verkehrsbetriebe Karlsruhe GmbH (VBK) plant die Grunderneuerung der Oberleitungsanlagen und punktuelle Anpassung von Gleisanlagen auf der VBK-Strecke 11300 Eckenerstraße – Waidweg in Karlsruhe-Daxlanden.

Die Planung sieht vor, zur Reduzierung des Instandhaltungsaufwandes einen betrieblich nicht mehr benötigten Gleiswechsel in der Daxlander Straße (km 1,0+65 bis km 1,0+90) mit Lückenschluss zurückzubauen. Ein weiterer Gleiswechsel im Bereich der

Haltestelle Hammweg wird um ca. 22 m (km 1,9+66 bis km 1,0+17) nach Süden verschoben. Die Erneuerung der Fahrstromanlage – Fahrdraht und Masten mit Gründung – erfolgt im Rahmen des bereits planfestgestellten barrierefreien Ausbaus der acht Haltestellen Eckenerstraße bis Rappenwört (RPK-Beschluss vom 05.08.2020, Az. 17-3871.1-VBK/64). Die Oberleitungsanlage wird bei der Erneuerung den aktuellen Richtlinien und Regelwerken auf ca. 4.600 m angepasst, und bisher auf Privatgrund stehende Masten bzw. an Hausfassaden befestigte Tragseile werden entfernt und durch insgesamt 136 neue Masten auf öffentliche Flächen ersetzt. Zeitgleich zu den o.g. Erneuerungsarbeiten erfolgt die Sanierung der Schieneninfrastruktur im gesamten Abschnitt in Daxlanden mit weiteren unwesentlichen Änderungen (der Erneuerung der Weiche und Anpassung der Weichgeometrie an der Haltestelle Ankerstraße und der geringfügigen Anpassung der Gleislage Rappenwörtstraße um max. 20 cm zugunsten der regelkonformen Verkehrsraumaufteilung). Eine genaue Beschreibung der Einzelmaßnahmen kann den Antragsunterlagen entnommen werden.

Für die Gesamtmaßnahme beabsichtigt die VBK, einen Planfeststellungsbeschluss zu beantragen. Die Planfeststellung für Betriebsanlagen von Straßenbahnen ist im Personenbeförderungsgesetz (PBefG §§ 28 ff) geregelt. Nach dem Gesetz für die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) ist für den Bau und die Änderung einer Straßenbahn mit den dazugehörenden Betriebsanlagen, die der Planfeststellung nach § 28 PBefG bedarf, eine allgemeine UVP-Vorprüfung des Einzelfalls durchzuführen. Gemäß § 5 c UVPG fällt das Vorhaben unter die Nr. 14.11 der Anlage 1 des UVPG.

Aus den vorgelegten Unterlagen ergibt sich nach überschlägiger Prüfung, dass von dem Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind. Maßgeblich für diese Entscheidung ist insbesondere, dass der Vorhabenbereich durch die bestehende Stadtbahnstrecke, die weiteren vorhandenen Verkehrsflächen und eine intensive verkehrliche Nutzung vorgeprägt ist und dass die einzelnen Bauabschnitte (Masttausche) nur 1-2 Tage dauern und in die Arbeit während der Tagstunden durchgeführt wird.

Bei den für die Maßnahme benötigten Flächen handelt es sich größtenteils um bestehende und versiegelte Verkehrsflächen. Anlagebedingt werden für den Umbau ca. 380 m² Gleisfläche umgebaut und nachträglich nicht neu versiegelt, sondern als Rasengleis ausgeführt. Alle neu zu setzenden Masten werden auf öffentlichen Flächen direkt angrenzend an die Gleisanlage gesetzt. Die Flächen sind größtenteils bereits

versiegelt. Hier ist insbesondere der Abschnitt Haltestelle Hammweg bis Haltestelle Waidweg hervorzuheben, da die alten Masten dort in größerem Abstand zu den Gleisen und damit teils in der Böschung zum Alten Federbach voll innerhalb des Naturschutzgebiets „Fritschlach“, des Vogelschutzgebiets „Rheinniederung Elchesheim – Karlsruhe“ und des FFH-Gebiets „Rheinniederung zwischen Wintersdorf und Karlsruhe“ stehen. Die neuen Maststandorte sind entlang der Flurstücksgrenze und damit am Rande der o.g. Schutzgebiete auf bereits versiegelten Flächen geplant. An den alten Maststandorten werden, wie auch bei den Mastrückbauten auf Privatflächen, anschließend die Fläche entsprechend der Umgebung wiederhergestellt.

Neben den o.g. Schutzgebieten sind noch weitere Schutzgebiete (Landschaftsschutzgebiete „Rheinaue“ und „Lutherisch Wäldele“, FFH-Gebiet „Oberwald und Alb in Karlsruhe“) und geschützte Biotope (Nr. 169162120221 „Feldgehölz am nordöstlichen Rand von Daxlanden“, Nr. 169162120224 „Gehölze an der Alb nördlich von Daxlanden“) betroffen. Das Baufeld liegt jedoch außerhalb bzw. randlich der Schutzgebiete und es kommt allenfalls zu indirekten bau- und anlagebedingten Störungen, bei denen davon ausgegangen werden kann, dass sie keine wesentliche Beeinträchtigung von Flora und Fauna hervorrufen. Es ist nicht zu erwarten, dass durch das Vorhaben artenschutzrechtliche Verbotsbestände erfüllt werden. Es werden für die gesamte Maßnahme keine Bäume gerodet.

Zumindest die für das Vorhaben notwendigen Baumaßnahmen und die Nutzung einer unversiegelten Fläche als BE-Fläche stellen einen temporären Eingriff in Natur und Landschaft dar. Der Begriff „erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen“ im Sinne des UVPG ist allerdings nicht gleichbedeutend mit dem der „erheblichen Beeinträchtigung“ im Sinne des naturschutzrechtlichen Eingriffsrechts. Angesichts des durch die Nutzung als Verkehrsfläche geprägten und hinsichtlich der Leitungsfähigkeit von Natur und Landschaft bereits vorbelasteten Standorts des Hauptvorhabens und der Planung, die BE-Flächen wieder vollständig rückzubauen, wird der Eingriff nicht als erhebliche nachteilige Umweltauswirkung bewertet.

Im Übrigen befindet sich das Vorhaben außerhalb von Wasserschutz- und Überschwemmungsgebieten sowie in ausreichendem Abstand zu Oberflächengewässern. Natürliche Böden finden sich im Vorhabengebiet nicht mehr. Eine Beeinträchtigung der Schutzgüter Boden, Wasser sowie Natur und Landschaft ist demnach nicht zu befürchten.

Der gesamte betrachtete Streckenabschnitt befindet sich im eng bebauten Innenbereich und führt größtenteils durch Wohn- bzw. Mischgebiete. Auch ein Kindergarten liegt im Wirkungsbereich des Vorhabens. Durch das Vorhaben wird es zwar anlagebedingt eher zu einer Verbesserung der Lärmbelastung für die Anlieger kommen, da die Gleisanlage auf der gesamten Baustrecke saniert und, wo technisch und wirtschaftlich möglich, von Schottergleis in Rasengleis umgebaut wird. Dies hat eine schallmindernde, temperaturpuffernde und generell ökologisch positive Wirkung.

Baubedingt ist jedoch mit erheblichen Schallimmissionen zu rechnen. Gemäß dem Schallgutachten der Firma Accon vom 28.04.2022 ist durch die räumliche Nähe der Baumaßnahmen zu den Immissionsorten bzw. zur benachbarten Bebauung über die zeitlich begrenzte Bauphase (veranschlagt sind insgesamt ca. 4 Monate, davon ca. 42 besonders lärmintensive Arbeitstage) selbst bei Einsatz geräuscharmer Baumaschinen mit hoher Baulärmeinwirkung zu rechnen. Es muss davon ausgegangen werden, dass v.a. durch den Einsatz von Erdbohrern bzw. dem Bohreindrehverfahren mittels Bohrröhren (notwendig für den Masteinbau) an einigen Bauabschnitten nicht nur die Richtwerte der AVV Baulärm, sondern sogar die höchststrichlerlich festgesetzten sogenannten oberen Schallwerte (OSW) überschritten werden. Diese geben die grundrechtliche Zumutungsschwelle an, und bei Ihrer Überschreitung ist von einer Gesundheitsgefährdung und einem Eingriff in das Eigentum gem. Grundgesetz auszugehen. Die Ausführungszeiten der einzelnen stationären Bauphasen sind jedoch nicht übermäßig lang (1 bis 2 Arbeitstage im gleichen Gebiet). Um die Lärmbelastung für die Betroffenen weiter zu verringern, wird neben dem sonstigen Einsatz geräuscharmer Baumaschinen und Bauverfahren vor allem die Beschränkung der Betriebszeit lautstarker Baumaschinen auf den Tagzeitraum angestrebt. Weitere lärm mindernde Maßnahmen werden im o.g. Schallgutachten vorgeschlagen. Laut Punkt 8.2 Baulärm in der Anlage 1 Maßnahmenbeschreibung werden während des Baus alle möglichen aktiven Schutz- bzw. Minimierungsmaßnahmen im Sinne der AVV Baulärm ergriffen, um die Belastung für die Anwohner auf ein Minimum zu reduzieren bzw. gänzlich zu vermeiden. Daher wird hier davon ausgegangen, dass zielführende Minderungsmaßnahmen und ggf. die Möglichkeit einer Kompensation im anschließenden Planfeststellungsverfahren festgesetzt werden (wenn sie nicht bereits im o.g. Planfeststellungsbeschluss zum barrierefreien Ausbau der acht Haltestellen Eckenerstraße bis Rappenwört vom 05.08.2020, Az. 17-3871.1-VBK/64 festgesetzt wurden) und keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu befürchten sind.

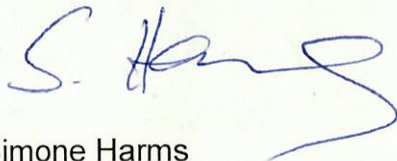
Das eingereichte erschütterungstechnische Gutachten der Firma Accon vom 11.04.2022 weist darauf hin, dass es durch die Arbeiten zu kritischen Erschütterungen sowohl für die angrenzende Bebauung als auch für die Anwohner kommen kann. Da Gebäudeschäden hier nicht ausgeschlossen werden können, werden Überwachungsmessungen vorgeschlagen (siehe Punkt 9 Immissionsorte). Es wird aber festgestellt, dass unter Berücksichtigung von Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen hinsichtlich der Erschütterungswirkungen auf den Menschen keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten sind. Die Baumaßnahme hat den Charakter einer Wanderbaustelle, Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Mensch sind immer nur über einen kurzen Zeitraum. Ggf. können die dort beschriebene Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen im anschließenden Planfeststellungsverfahren festgesetzt werden, (wenn sie nicht bereits im o.g. Planfeststellungsbeschluss zum barrierefreien Ausbau der acht Haltestellen Eckenerstraße bis Rappenwört vom 05.08.2020, Az. 17-3871.1-VBK/64 festgesetzt wurden), sodass auch hier keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu befürchten sind.

Die dieser Entscheidung zu Grunde liegenden Unterlagen können beim Regierungspräsidium Karlsruhe, Schlossplatz 1-3 (Zimmer 149), 76131 Karlsruhe nach vorheriger Terminabsprache eingesehen werden.

Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung gemäß § 5 Abs.3 Satz 1 UVPG nicht selbstständig anfechtbar ist.

Dieses Schreiben wird am öffentlichen Aushang des Regierungspräsidiums Karlsruhe und auf der Internetseite des Regierungspräsidiums Karlsruhe (www.rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/Seiten/default.aspx) der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Mit freundlichen Grüßen



Simone Harms

Arbeitshilfe für die behördliche Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung der UVP-Pflicht von Schienenprojekten

(vgl. Anlagen 1-3 UVPG i.V.m. §§ 7, 9, 14a UVPG)



Baden-Württemberg

REGIERUNGSPRÄSIDIUM KARLSRUHE

Prüfkatalog zur Vorprüfung UVP-Pflicht

Vorhaben:	Grunderneuerung der Oberleitungsanlagen und punktuelle Anpassung von Gleisanlagen auf der VBK-Strecke 11300 in Karlsruhe-Daxlanden
Vorhabenträger:	Verkehrsbetriebe Karlsruhe GmbH (VBK)
Ansprechpartner / Projektleiter	Frau K. Dieterle / Herr A. Peter
Datum:	15.07.2022
Ggf. Aktenzeichen:	P1190

A. Merkmale und Wirkfaktoren des Vorhabens

1. Größe und Ausgestaltung des gesamten Vorhabens und ggf. der Abrissarbeiten

1.1 Beschreibung des Vorhabens

Die Verkehrsbetrieb Karlsruhe GmbH (VBK) plant die Erneuerung der kompletten Oberleitungsanlagen mit einer Gesamtlänge von ca. 4.600 m (Streckenlänge ca. 2,3 km) einschl. Rückbau bestehender Masten auf privaten Grundstücken und Ersatz bestehender bzw. Neubau ergänzender Masten. Zeitgleich erfolgt auch der Ersatz der Fahrleitungsaufhängung über Querseile an den Hausfassaden (Wandanker) durch neue Masten mit Auslegerbefestigung. Des Weiteren sind im Streckenverlauf der Rückbau eines Gleiswechsels bei km 1,08 und die Verschiebung eines Gleiswechsels bei km 2,00 geplant. Für diese Maßnahme beabsichtigt die VBK ein Planfeststellungsvorhaben durchzuführen. Die Planfeststellung für Betriebsanlagen von Straßenbahnen ist im Personenbeförderungsgesetz (PBefG §§ 28 ff) geregelt. Nach dem Gesetz für die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) ist für den Bau und die Änderung einer Straßenbahn mit den dazugehörigen Betriebsanlagen, die der Planfeststellung nach § 28 PBefG bedarf, eine UVP-Vorprüfung durchzuführen. Gemäß § 5 c UVPG fällt das Vorhaben unter die Nr. 14.11 der Anlage 1 des UVPG.

1.2 Tabellarische Angaben zum Gegenstand des Verfahrens

Art der Maßnahme:		Straßenbahn			
Nr.	Art	Neubau	Bauliche Änderung	Rückbau / Abriss	Ggf. Anmerkungen
1.2.1	Gleisanlage	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Rückbau und Verschiebung jeweils eines Gleiswechsels
1.2.2	Gleisanschluss				
1.2.2.1	mit einer Länge bis 2 000 m	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.2.2	mit einer Länge über 2 000 m	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.3	Zuführungs-, Industriestammgleis				
1.2.3.1	mit einer Länge bis 3 000 m	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.3.2	mit einer Länge über 3 000 m	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.4	Intermodale Umschlaganlage, Terminal für Eisenbahnen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.4.1	mit einer Fläche von 5000 m ² oder mehr	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.4.2	von 2000 m ² bis weniger als 5.000 m ²	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.4.3	von weniger als 2000 m ²	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.5	Bahnhof, Haltepunkt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.6	Bahnsteig einschließlich Treppen, Aufzüge, etc.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.7	Eisenbahn-, Straßenüberführung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.8	Bahnübergang	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.9	Oberleitung				
1.2.9.1	mit einer Länge von weniger als 15 km	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Erneuerung der Oberleitungsanlage über eine Länge von 4,6 km
1.2.9.2	mit einer Länge von 15 km oder mehr	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.10	Bahnstromfernleitung				
1.2.10.1	mit einer Länge von weniger als 15 km	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.10.2	mit einer Länge von 15 km oder mehr	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.11	Brücke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.12	Baustelleneinrichtungsfläche	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	BE-Flächen werden rechtzeitig mit den jeweiligen Grundstückseigentümern abgestimmt
1.2.13	Baustraße	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.14	Stützwand	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.15	Lärmschutzwand, Lärmschutzwand	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.16	Kabelkanal	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.17	Gleichrichterwerk	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.18	Rettungsplatz	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.19	Tunnel	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.20	Entwässerungseinrichtung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.21	Beleuchtungsanlage	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
1.2.22	Lautsprecheranlage	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
	Sonstige Betriebsanlage / Sonstiges (bitte ausführen oder Zeile löschen)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

1.3 Tabellarische Angaben zur Größe und Ausstattung des Vorhabens und ggf. der Abrissarbeiten

Nr.	Merkmal	Wert	Ggf. Anmerkung
	Größe		
1.3.1	Volumen (Hochbauten – Summe des umbauten Raumes)	m ³	
1.3.2	Länge (Gleise, Bahnsteige, Gebäude, Brücken, etc.)	ca. 75 m ca. 4.600 m	Rückbau und Verschiebung jeweils eines Gleiswechsels; Erneuerung Fahrdrabt (Hochkette)
1.3.3	Breite (Gleise, Bahnsteige, Gebäude, Brücken, etc.)	ca. 8,0 m	Breite Gleisanlage einschl. Oberbau
1.3.4	Max. Höhe (Gebäude, Masten, Signale, Brücken, etc.)	10 m	Einzelne Masten mit 2-Gleis-Ausleger
1.3.5	Anzahl Masten und/oder Signale	136 Stück	Neubau Maste / Festpunkte
	Fläche		
1.3.6	Flächenbedarf insgesamt	m ²	
1.3.6.1	<ul style="list-style-type: none"> davon Flächenbedarf anlagebedingt 	ca. 380 m ²	Flächenbedarf für Rückbau und Verschiebung der Gleiswechsel umfasst rund 380 m ² ; es erfolgt keine Neuversiegelung
1.3.6.2	<ul style="list-style-type: none"> davon Flächenbedarf baubedingt 	m ²	BE-Flächen werden rechtzeitig abgestimmt
1.3.7	Rückbaufläche (Gesamtumfang der Rückbaufläche unabhängig von der weiteren Verwendung)	m ²	
	Aushub		
1.3.8	Aushubvolumen	m ³	
	Abrissarbeiten, Rückbau		
	Dauerhafter Rückbau:		
1.3.9	Schotterkörper		
1.3.10	Gebäude		
1.3.11	Versiegelte Fläche		
1.3.12	Masten, Signale		
1,3,13	Fahrleitungsmaste	134 Stück	Rückbau Fahrleitungsbefestigungen - Masten und Wandanker
	Vorübergehender Rückbau:		
1.3.13	Schotterkörper		
1.3.14	Gebäude		
1.3.15	Versiegelte Fläche		
1.3.16	Masten, Signale		
	Sonstige Merkmale		
1.3.17	Sprengungen während der Bauzeit	Anzahl	
	Dauer der Bauarbeiten	ca. 4 Monate (Teil einer Gesamtmaßnahme) Jahr 2026	

2. Zusammenwirken mit anderen bestehenden oder zugelassenen Tätigkeiten

2.1 Es handelt sich vorliegend um ein **Änderungsvorhaben** i.S.d. § 9 UVPG:

<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> Nein
-----------------------------	--

2.1.1 Angaben zum Ausgangsvorhaben:

Bezeichnung:	
UVP durchgeführt:	<input type="checkbox"/> Ja / <input type="checkbox"/> Nein
Erläuterung des Ausgangsvorhabens und Angaben zu der Größe des Vorhabens (insbesondere bzgl. Größen- und Leistungswerten gem. Anlage 1 UVPG)	

2.1.2 Gibt es frühere Änderungen des Vorhabens, die einer / noch keiner Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen worden sind (vgl. § 9 Abs. 2 UVPG)?

Nr.	Bezeichnung der Änderung
2.1.2.1	
Zulassungsverfahren abgeschlossen:	<input type="checkbox"/> Ja / <input type="checkbox"/> Nein
UVP durchgeführt:	<input type="checkbox"/> Ja / <input type="checkbox"/> Nein

Nr.	Bezeichnung der Änderung
2.1.2.2	
Zulassungsverfahren abgeschlossen:	<input type="checkbox"/> Ja / <input type="checkbox"/> Nein
UVP durchgeführt:	<input type="checkbox"/> Ja / <input type="checkbox"/> Nein

Beschreibung des Vorhabens und Angaben zu der Größe des Vorhabens unter Berücksichtigung dieser Änderungen:

-

2.1.3 Angaben zur vorliegend geplanten Änderung:

Überschreitung von Größen- oder Leistungswerte gem. Anlage 1 UVPG durch die geplante Änderung?	<input type="checkbox"/> Ja / <input type="checkbox"/> Nein
--	---

Beschreibung des Vorhabens und Angaben zu der Größe des Vorhabens unter Berücksichtigung der geplanten sowie ggf. der früheren Änderungen:

-

2.1.4 Vorhandene Unterlagen und Untersuchungen zum Ausgangsvorhaben sowie ggf. zu früheren Änderungen:

Nr.	Bezeichnung

2.2 Mehrere Vorhaben derselben Art (**Kumulation**)

Hinweis: Kumulierende Vorhaben liegen grundsätzlich nur dann vor, wenn es sich um Vorhaben derselben Art handelt. Dies ist insbesondere bei Vorhaben der Fall, die in der Anlage 1 UVPG einer Vorhabenart derselben Ordnungsnummer angehören. Als derselben Art zugehörig können aber auch Vorhaben betrachtet werden, die innerhalb derselben Sachgebietsgruppe unterschiedlichen Ordnungsnummern zugeordnet sind. Voraussetzung ist, dass sich die Vorhaben durch eine entsprechende technische oder bauliche Beschaffenheit und Betriebsweise sowie durch vergleichbare Umweltauswirkungen auszeichnen und dass die angegebenen Größen- oder Leistungswerte addierbar, d. h. in derselben Messeinheit ausgewiesen sind. Nicht erforderlich ist, dass es sich um Vorhaben desselben Trägers handelt.

Gibt es kumulierende Vorhaben, bei denen

- das Zulassungsverfahren abgeschlossen ist und eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wurde (§ 11 Abs. 2 Nr. 2 UVPG),
- das Zulassungsverfahren abgeschlossen ist und keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wurde (§ 11 Abs. 3 UVPG),
- das Zulassungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist und eine UVP-Pflicht besteht (§ 12 Abs. 1 Nr. 2 UVPG),
- das Zulassungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist und keine UVP-Pflicht besteht (§ 12 Abs. 2 UVPG)?

☐ Ja☒ Nein

Ziff.	Bezeichnung des Vorhabens / der Tätigkeit	Träger des Vorhabens / der Tätigkeit
2.2.1		

Es handelt sich um ein kumulierendes Vorhaben nach folgender Maßgabe:	
Angaben zu der Größe des kumulierenden Vorhabens ¹	
Beschreibung des kumulierenden Vorhabens anhand der Kriterien von Anlage 3 des UVPG	
Vorhandene Unterlagen und Untersuchungen zum kumulierenden Vorhaben bzw. seinen Auswirkungen:	
Ausführungen zu Wechselwirkungen sowie Zusammenwirken nach Anlage 3 des UVPG zwischen den Vorhaben bitte unter C.7 ausführen und bewerten!	

¹ z.B. Überschreitung der Größen- und Leistungswerte von Anlage 1 des UVPG durch das kumulierende Vorhaben

2.3 Sonstiges Zusammenwirken mit andere Vorhaben (**Summation**)

Gibt es am Standort vorhandenen Umweltbelastungen durch andere Vorhaben, mit denen das beabsichtigte Vorhaben zusammenwirken kann (vgl. Nummer 2 der Anlage 3 zum UVPG)

<input checked="" type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
--	-------------------------------

Ziff.	Bezeichnung des Vorhabens / der Tätigkeit	Träger des Vorhabens / der Tätigkeit
2.3.1	Barrierefreier Ausbau der Haltestellen und Gleissanierung in Karlsruhe-Daxlanden	Verkehrsbetriebe Karlsruhe GmbH

Angaben zu Art und Größe des Vorhabens:	sh. Beschreibung
Zulassungsverfahren abgeschlossen:	<input checked="" type="checkbox"/> Ja / <input type="checkbox"/> Nein
UVP durchgeführt:	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein
Beschreibung des Vorhabens anhand der Kriterien von Anlage 3 des UVPG	
Vorhandene Unterlagen und Untersuchungen zum Vorhaben bzw. seinen Auswirkungen:	
Ausführungen zu Wechselwirkungen sowie Zusammenwirken nach Anlage 3 des UVPG zwischen den Vorhaben bitte unter C.7 ausführen und bewerten!	

Zeitgleich zu dem hier zu untersuchenden Vorhaben werden die Haltestellen im Karlsruhe Stadtteil Daxlanden barrierefrei ausgebaut (vgl. Planfeststellungsbeschluss vom 05.08.2020, Az. 17-3871.1-VBK/64). Mit der Maßnahmenbündelung können wirtschaftliche Synergien genutzt und die Belastung für Anwohner und betroffene möglichst gering gehalten werden. Bereits im Rahmen des PF-Verfahrens zum Haltestellenausbau konnten keine negativen Auswirkungen auf Natur und Umwelt nachgewiesen werden, die nicht durch geeignete Maßnahmen behoben werden können. Eine Summationswirkung kann durch die zeitgleich stattfindenden Gleissanierung und Haltestellenausbau ausgeschlossen werden, da die Maßnahmen aufeinander abgestimmt sind, vielmehr können Auswirkungen reduziert werden, da die Baumaßnahme nur einmalig auftritt.

3. Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Flächen, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

3.1 Fläche

Vgl. Darstellung unter 1.3.6

3.2 Boden

Nr.	Nutzung	Wert	Ggf. Anmerkung
3.2.1	Aushub	Vgl. 1.3.8	
3.2.2	Versiegelung dauerhaft	m ²	
3.2.3	Versiegelung bauzeitlich	m ²	
3.2.4	Bodenverdichtung (außer Versiegelung) dauerhaft	m ²	
3.2.5	Bodenverdichtung (außer Versiegelung) bauzeitlich	m ²	
3.2.6	Eintrag von Schadstoffen möglich	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	

Sonstiges: Keine neuen Betroffenheiten, da Baumaßnahme auf bereits versiegelten Flächen im bestehenden Verkehrsraum stattfindet.

3.3 Wasser

Nr.	Nutzung	Wert	Ggf. Anmerkung
3.3.1	Einleitung / gesammelte Versickerung in Grundwasser dauerhaft		
3.3.2	Einleitung / gesammelte Versickerung in Grundwasser bauzeitlich		
3.3.3	Einleitung in Oberflächengewässer dauerhaft		
3.3.4	Einleitung in Oberflächengewässer bauzeitlich		
3.3.5	Anfall von Schmutzwasser bauzeitlich		
3.3.6	Betriebsbedingter Anfall von Schmutzwasser jährlich		
3.3.7	Einbau in Oberflächengewässer dauerhaft		
3.3.8	Einbau in Oberflächengewässer bauzeitlich		
3.3.9	Einbau in Grundwasser dauerhaft		
3.3.10	Einbau in Grundwasser bauzeitlich		
3.3.11	Gewässerausbau gem. § 67 WHG		

Sonstiges: Keine neuen Betroffenheiten, da Baumaßnahme auf bereits versiegelten Flächen im bestehenden Verkehrsraum stattfindet.

3.4 Tiere, Pflanzen, Lebensräume, biologische Vielfalt

Nr.	Nutzung	Wert	Ggf. Anmerkung
3.4.1	Beseitigung der Vegetation bauzeitlich	m ²	
3.4.2	Beseitigung der Vegetation dauerhaft	m ²	

Nr.	Verwirklichung von Zugriffsverboten - Verbotstatbestand	Betroffene Art	Ggf. Anmerkung
3.5.1			

Sonstiges: Keine neuen Betroffenheiten, da Baumaßnahme auf bereits versiegelten Flächen im bestehenden Verkehrsraum stattfindet.

4. Erzeugung von Abfällen im Sinne von § 3 Abs.1 und 8 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes

4.1 Baubedingte Abfälle

Nr.	Bezeichnung des Abfalls, ggf. AVV-Nr.	Menge	gefährlich, i.S.v. § 3 Abs.5 KrwG
		t	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein
		t	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein

Anfallendes Straßenaufbruch- und Tragschichtmaterial wird recycelt bzw. ordnungsgemäß entsorgt. Ansonsten fallen baubedingt keine Abfälle im Sinne des § 3 Abs. 1 und 8 KrWG an.

4.2 Betriebsbedingte Abfälle

Nr.	Bezeichnung des Abfalls, ggf. AVV-Nr.	Menge	gefährlich, i.S.v. § 3 Abs.5 KrwG
		t	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein
		t	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein

Betriebsbedingt fallen keine Abfälle im Sinne des § 3 Abs. 5 KrWG an.

5. Umweltverschmutzung und Belästigungen

Nr.	Art	Bewertung	Ggf. Anmerkung
5.1	Verbrennungsemissionen bauzeitlich	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
5.2	Sonstige Staubemissionen bauzeitlich	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
5.3	Zunahme der betriebsbedingten Verbrennungsemissionen	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
5.4	Zunahme der betriebsbedingten Staubemissionen	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
5.5	Zunahme des Einsatzes von Herbiziden erforderlich	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
5.6	Zunahme des Abwassers	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
5.7	Baulärm in nach AVV Baulärm schutzwürdiger Umgebung	<input checked="" type="checkbox"/> Ja / <input type="checkbox"/> Nein	Die Schwellenwerte werden temporär überschritten, es sind entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.
5.8	Bauzeitliche Erschütterungen	<input checked="" type="checkbox"/> Ja / <input type="checkbox"/> Nein	Die Schwellenwerte werden temporär überschritten.
5.9	Zunahme oder Verlagerung des betrieblichen Verkehrslärms	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
5.10	Zunahme oder Verlagerung des betrieblichen Anlagenlärms	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
5.11	Zunahme oder Verlagerung der betrieblichen Erschütterungen	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
5.12	Zunahme oder Verlagerung der betriebsbedingten nicht-ionisierenden Strahlung i.S.v. 26.BImSchV	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	

Im Auftrag des Vorhabenträgers wurden die Auswirkungen durch Baulärm und Erschütterungen untersucht (siehe Anlage 4). Bereits im Vorfeld hat der VT eine Bohrröhrgründung als erschütterungsarmes Bauverfahren für die Mastgründungen gewählt; die Auswirkungen werden auf ein Minimum reduziert. Grundsätzlich wird der Vorhabenträger die ausführenden Baufirmen dazu verpflichten, lärm- und erschütterungsarme Bauverfahren und Baugeräte dem Stand der

Technik entsprechend einzusetzen, damit Beeinträchtigungen und schädliche Umwelteinwirkungen vermieden werden können. Während der Bauzeit ist der Vorhabenträger zur Beachtung der Regularien der AVV Baulärm verpflichtet. Im Rahmen des Planrechtsverfahrens werden Auswirkungen durch Baulärm und Erschütterung ausführlich behandelt.

6. Unfallrisiko, insbesondere mit Blick auf verwendete Stoffe und Technologien

Können Risiken von Störfällen, Unfällen und Katastrophen, die für das Vorhaben von Bedeutung sind, ausgeschlossen werden? Hierzu gehören z.B.

- das Lagern, der Umgang, die Nutzung oder die Produktion von gefährlichen Stoffen i.S. des ChemG bzw. der GefStoffV, wassergefährdenden Stoffen i.S. des WHG, Gefahrgütern i.S. des Gesetzes über die Beförderung gefährlicher Güter oder radioaktiven Stoffen, etc.
- Katastrophenrisiken, z. B. durch Erscheinungsformen des Klimawandels etwa aufgrund eines verstärkten klimabedingten Hochwasserrisikos am Standort
- Neubau eines höhengleichen Bahnübergangs
- Lage im Achtungsabstand eines Störfallbetriebs i. S. d. § 3 Abs.5a BImSchG

☒ Ja

☐ Nein

Wenn mit Nein beantwortet bitte die Risiken auflisten und ausführen:

-

7. Risiken für die menschliche Gesundheit

Können Risiken für die menschliche Gesundheit auf Grund des Vorhabens ausgeschlossen werden? Dies können z.B. sein

- Verunreinigung von Wasser oder Luft
- Lärm
- Erschütterungen

☐ Ja

☒ Nein

Wenn mit Nein beantwortet bitte die Risiken auflisten und ausführen:

Grundsätzlich können die Auswirkungen durch Schallemissionen während der Bauzeit nicht gänzlich ausgeschlossen werden, jedoch durch geeignete Maßnahmen auf ein Minimum reduziert werden (vgl. Anlage 4).

Bereits im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zum Haltestellenausbau wurden die schalltechnischen Auswirkungen erörtert. Die erforderlichen Maßnahmen sind im Planfeststellungsbeschluss festgehalten und vom Vorhabenträger umzusetzen.

Ebenso werden für das hier zu untersuchenden Vorhaben im Rahmen des PF-Verfahrens durch die Planfeststellungsbehörde entsprechende Auflagen formuliert, die vom VT umzusetzen sind.

B. Standortbezogene Kriterien

1. Nutzungen des Gebietes im Einwirkungsbereich des Vorhabens

Nr.	Art	Vorhanden
1.1	Ausweisungen in dem für das Gebiet geltenden Regionalen Raumordnungsprogramm oder in der Flächennutzungsplanung zu Nutzungen, die mit dem Vorhaben unvereinbar sind (z.B. Vorranggebiete für Landwirtschaft oder Erholung)?	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein
1.2	Wohngebiete oder Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte (insbesondere zentrale Orte und Siedlungsschwerpunkte in verdichteten Räumen im Sinne des § 2 Abs. 2 und 5 ROG)?	<input checked="" type="checkbox"/> Ja / <input type="checkbox"/> Nein
1.3	Empfindliche Nutzungen (Krankenhäuser, Altersheime, Kirchen, Schulen etc.)?	<input checked="" type="checkbox"/> Ja / <input type="checkbox"/> Nein
1.4	Bereiche mit besonderer Bedeutung für die Erholungsnutzung / den Fremdenverkehr?	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein
1.5	Altlasten, Altablagerungen, Deponien?	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein
1.6	Flächen mit besonderer Bedeutung für die Landwirtschaft, Forstwirtschaft oder Fischerei?	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein
1.7	Kultur- und sonstige Sachgüter?	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein
1.8	Gibt es andere Vorhaben, die mit dem geplanten Vorhaben einen gemeinsamen Einwirkungsbereich haben und kumulierend wirken?	<input checked="" type="checkbox"/> Ja / <input type="checkbox"/> Nein
1.9	Befinden sich Störfallbetriebe in der Nähe und wird das Risiko bzw. die Schwere eines Unfalls durch das Vorhaben vergrößert? (Direktgeltung der EU-RL 2012/18 Seveso-III)	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein
1.10	Sonstige nutzungsbezogene Kriterien, und zwar:	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein

Wenn einer dieser Punkte mit Ja beantwortet wurde, bitte jeweils zu Art, Größe und Umfang einer möglichen Betroffenheit weiter ausführen:

Das Vorhaben liegt im Verdichtungsraum Karlsruhe als Oberzentrum gemäß Regionalplan. Im Stadtteil Daxlanden leben insgesamt 11.745 Einwohnern, die Einwohnerdichte beträgt ca. 1.075 Einw. / km². Durch das Vorhaben bestehen keine dauerhaften Auswirkungen auf die Nutzung und Entwicklung des Gebietes. Temporäre Einschränkungen sind lediglich kurzzeitig während der Bauzeit zu erwarten.

2. Qualitätskriterien der natürlichen Ressourcen im Einwirkungsbereich des Vorhabens

Nr.	Art	Vorhanden
	Fläche	
2.1	Unzerschnittener Raum nach BfN-Karte „Unterschnittene verkehrsarme Räume > 100 km ² in Deutschland“	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein
	Böden	
2.2	Landwirtschaftlich ertragreiche Böden	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein

2.3	Seltene Bodentypen, Kulturhistorisch bedeutsame Böden	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein
2.4	Bereiche mit geringen anthropogenen Bodenveränderungen	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein
	Landschaft	
2.5	Kulturhistorisch bedeutsame Landschaften oder Landschaftsformen	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein
2.6	Markante geländemorphologische Ausprägungen vorhanden	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein
2.7	Strukturbildende natürliche und naturnahe Landschaftselemente, kleinteilige Landschaftsgliederung	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein
2.8	Naturnahe Landschaften	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein
	Wasser	
2.9	Oberflächengewässer	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein
2.10	Gebiete mit geringem Grundwasserflurabstand ($\leq 2\text{m}$)	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein
	Luft	
2.11	Luftkurort	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein
	Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt	
2.12	Lebensräume von Arten des Anhangs IV RL 92/43 EWG	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein
2.13	Lebensräume von Europäischen Vogelarten	<input checked="" type="checkbox"/> Ja / <input type="checkbox"/> Nein
2.14	Lebensräume von sonstigen oder streng geschützten Arten	<input checked="" type="checkbox"/> Ja / <input type="checkbox"/> Nein
2.15	Gefährdete Biotoptypen	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein
2.16	Schutzwürdige Bereiche gem. örtlichem Landschaftsplan / Landschaftsrahmenplan	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein
	Untergrund	
2.17	Beschreibung:	
	Sonstige Qualitätskriterien: [...]	

Anmerkung zu den Punkten 2.13 und 2.14: Es ist davon auszugehen, dass die benannten Arten grundsätzlich in Karlsruhe vorkommen und damit auch in den betroffenen Gebieten anzutreffen sind.

Anmerkung zu Punkt 2.15: Im Umfeld des Vorhabens befinden sich Biotope, eine direkte Betroffenheit kann ausgeschlossen werden. Schützenswerte Biotoptypen bestehen nicht.

3. Schutzkriterien im Einwirkungsbereich des Vorhabens

Nr.	Art	Vorhanden	Name des Schutzgebiets, ggf. Code-Nr. / Zone
3.1	Natura 2000-Gebiet - § 7 I Nr.8 BNatSchG	<input checked="" type="checkbox"/> Ja / <input type="checkbox"/> Nein	NSG Fritschlach, FFH-Gebiet 7015-341 und 7016-343, Vogelschutzgebiet 7015-441, LSG Rheinaue und Lutherisch Wäldele Biotope Nr. 169162120224 und Nr. 169162120221 Vgl. Az. 17-3871.1-VBK/64: Baufeld liegt außerhalb der Schutzgebiete, allenfalls indirekte Wirkungen durch bau- und betriebsbedingte Störungen, die nicht zu erkennbaren Beeinträchtigungen führen. Betriebsbedingte Auswirkungen sind bereits im Ausgangszustand vorhanden und es sind
3.2	Sonstiges Naturschutzgebiet - § 23 BNatSchG	<input checked="" type="checkbox"/> Ja / <input type="checkbox"/> Nein	

			keine wesentliche Änderung zu erwarten.
3.3	Nationalpark / nationales Naturmonument - § 24 BNatSchG	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
3.4	Biosphärenreservat - § 25 BNatSchG	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
3.5	Landschaftsschutzgebiet - § 26 BNatSchG	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
3.6	Naturpark - § 27 BNatSchG	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
3.7	Naturdenkmal - § 28 BNatSchG	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
3.8	Geschützte Landschaftsbestandteile einschl. Alleen - § 29 BNatSchG	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
3.9	Gesetzlich geschützte Biotop - § 30 BNatSchG sowie § 33 LNatSchG BW	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
3.10	Wasserschutzgebiet - § 51 WHG	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
3.11	Heilquellenschutzgebiet - § 53 Abs.4 WHG	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
3.12	Überschwemmungsgebiet - § 76 WHG	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
3.13	Risikogebiet mit signifikantem Hochwasserrisiko - § 73 Abs.1 WHG	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
3.14	Hochwasserentstehungsgebiet - § 78d WHG	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
3.15	Bannwald, Schutzwald - § 12 BWaldG	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
3.16	Erholungswald - § 13 BWaldG	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
3.17	Bodenschutzgebiet	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
3.18	Gebiete im Einwirkungsbereich des Vorhabens, in denen Umweltqualitätsnormen der EU überschritten werden, z.B.:	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
3.18.1	– Luftreinhaltepläne gem. § 47 BImSchG, die im Einwirkungsbereich des Vorhabens Grenzwertüberschreitungen aufweisen	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
3.18.2	– Gewässer, die gemäß Bewirtschaftungsplan keinen guten ökologischen oder chemischen Zustand aufweisen	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
3.19	Dicht besiedelte Gebiete nach Destatis, Zentrale Orte nach § 2 Abs.2 ROG	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
3.20	Denkmäler, Denkmalensembles, Bodendenkmäler	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	
3.21	Archäologisch bedeutende Landschaft	<input type="checkbox"/> Ja / <input checked="" type="checkbox"/> Nein	

Anmerkung zu den Punkten 3.1 und 3.2: Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass im Rahmen der Baumaßnahmen die o.g. Schutzgebiete nicht tangiert werden. Durch geeignete Maßnahmen, z.B. Aufstellen eines Zaunes (vgl. Planfeststellungsverfahren zu den Haltestellen) wird sichergestellt, dass der Eingriff in die Schutzgebiete auf ein Minimum reduziert werden kann.

Im Rahmen der Anhörung zum Planfeststellungsverfahren wird das Einvernehmen mit der Höheren Naturschutzbehörde hergestellt und eine Befreiung nach §67, Abs. 1, Satz 1 herbeigeführt.

Bereits heute befinden sich im Bestand am gleichen Standort oder im direkten Umfeld Fahrleitungsmaste, die aufgrund ihrer Bauart und Lebensdauer erneuert werden müssen. Es werden keine neuen Betroffenheiten oder Auswirkungen auf die Schutzgebiete erzeugt.

C. Bewertung der Erheblichkeit möglicher Auswirkungen im Hinblick auf die UVP-Pflicht

Hinweis: Es wird vom Vorhabenträger eine fachliche Erläuterung der möglichen Auswirkungen unter Einbeziehung der aufgelisteten Unterpunkte erwartet. Wir bitten darum, insbesondere zu untersuchen, ob nach überschlägiger Prüfung die Möglichkeit besteht, dass durch das Vorhaben gesetzliche oder allgemein anerkannte Grenzwerte erreicht oder überschritten werden. Auch mögliche erhebliche Wirkungen auf die Umwelt durch das Vorhaben, welche den für sie geltenden Grenzwerten noch nicht erreichen, können eine UVP-Pflicht nach der Rechtsprechung des BVerwG auslösen (vgl. Urteil v. 17.12.2013, Az.: BVerwG 4 A 1.13).

Nach überschlägiger Prüfung ist festzustellen, dass von dem Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Insgesamt wird eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht für erforderlich gehalten. Gesetzliche oder allgemein anerkannte Grenzwerte können nur vereinzelt nicht erreicht, jedoch durch geeignete Maßnahmen vermieden oder minimiert werden.

Maßgeblich für diese Einschätzung ist, dass die Straßenbahntrasse bereits heute elektrifiziert ist und entsprechend bauliche Einrichtungen vorhanden sind. Die Erneuerung der Oberleitungsanlage wird nur in bereits verkehrlich belasteten Bereichen durchgeführt, es sind keine neue Betroffenheiten zu erwarten. Ebenfalls erfolgt die Anpassung der Gleisanlagen ohne erheblichen Eingriff in schützenswerte Bereiche. Grundstückserwerbungen sind nicht erforderlich. Insgesamt werden keine ökologisch bedeutsamen Flächen beansprucht. Schutzgüter, die besonders selten, wertvoll oder nicht wiederherstellbar sind, sind nicht betroffen. Das Vorhaben weist keine Wirkfaktoren auf, die über das unmittelbare Umfeld hinaus erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen verursachen können.

1. Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch, insbesondere der menschlichen Gesundheit

1.1 Art und Ausmaß der Auswirkungen, betroffenes Gebiet, Anzahl der betroffenen Personen

Durch das Vorhaben bestehen temporäre Lärm- und Erschütterungsimmissionen. Diese werden mit entsprechenden Maßnahmen vermieden oder minimiert.

1.2 Schwere und Komplexität der Auswirkung siehe 1.1

1.3 Wahrscheinlichkeit der Auswirkung siehe 1.1

1.4 Zeitpunkt des Eintretens, Dauer, Häufigkeit und Umkehrbarkeit der Auswirkung siehe 1.1

1.5 Vermeidungsmaßnahmen und Einschätzung ihrer Wirksamkeit siehe 1.1

1.6 Abschließende fachliche Bewertung

Erhebliche Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch können ausgeschlossen werden:

☒ Ja

☐ Nein

2. **Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt, inkl. der in § 7 Abs.2 Nr.10 u.12 BNatSchG aufgeführten Arten sowie der in § 7 Abs.1 Nr.4,6 und 7 des BNatSchG aufgeführten Lebensräume**

2.1 Art und Ausmaß der Auswirkungen, betroffenes Gebiet, betroffene Tierarten, Pflanzenarten, jeweiliger Schutzstatus, geschätzte Anzahl der betroffenen Individuen, Bedeutung der jeweiligen Population regional/national/europaweit

Durch das Vorhaben bestehen keine erheblichen Auswirkungen auf Natur und Umwelt, da die Nutzung und Struktur der betroffenen Flächen nicht verändert wird. Das Baufeld im Bereich Hammweg und Waidweg liegt außerhalb bzw. am Rand der Schutzgebiete. Es kommt allenfalls indirekte Wirkungen durch bau- und betriebsbedingte Störungen in Betracht, die nicht zu erkennbaren Beeinträchtigungen führen; betriebsbedingte Auswirkungen sind bereits im Ausgangszustand vorhanden und es ist keine wesentliche Änderung zu erwarten.

Für den Rückbau und Neubau der Oberleitungsmaste erfolgen temporäre punktuelle Eingriffe am Rand der Schutzgebiete. Im Anschluss an die Baumaßnahme erfolgt eine Renaturierung der betroffenen Flächenteile.

2.2 Schwere und Komplexität der Auswirkung siehe 2.1

2.3 Wahrscheinlichkeit der Auswirkung siehe 2.1

2.4 Zeitpunkt des Eintretens, Dauer, Häufigkeit und Umkehrbarkeit der Auswirkung siehe 2.1

2.5 Vermeidungsmaßnahmen und Einschätzung ihrer Wirksamkeit siehe 2.1

2.6 Abschließende fachliche Bewertung

Erhebliche Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt können ausgeschlossen werden:

☒ Ja

☐ Nein

3. Auswirkungen auf die Schutzgüter Fläche und Boden

3.1 Art und Ausmaß der Auswirkungen, betroffenes Gebiet

Durch das Vorhaben bestehen keine erheblichen Auswirkungen, da die Nutzung und Struktur der betroffenen Flächen nicht verändert wird.

3.2 Schwere und Komplexität der Auswirkung

siehe 3.1

3.3 Wahrscheinlichkeit der Auswirkung

siehe 3.1

3.4 Zeitpunkt des Eintretens, Dauer, Häufigkeit und Umkehrbarkeit der Auswirkung

siehe 3.1

3.5 Vermeidungsmaßnahmen und Einschätzung ihrer Wirksamkeit

siehe 3.1

3.6 Abschließende fachliche Bewertung

Erhebliche Auswirkungen auf die Schutzgüter Fläche und Boden können ausgeschlossen werden:

☒ Ja

☐ Nein

4. Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser

4.1 Art und Ausmaß der Auswirkungen, betroffenes Gewässer

Durch das Vorhaben bestehen keine erheblichen Auswirkungen, da die Nutzung und Struktur der betroffenen Flächen nicht verändert wird.

4.2 Schwere und Komplexität der Auswirkung

siehe 4.1

4.3 Wahrscheinlichkeit der Auswirkung

siehe 4.1

4.4 Zeitpunkt des Eintretens, Dauer, Häufigkeit und Umkehrbarkeit der Auswirkung

siehe 4.1

4.5 Vermeidungsmaßnahmen und Einschätzung ihrer Wirksamkeit

siehe 4.1

4.6 Abschließende fachliche Bewertung

Erhebliche Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser können ausgeschlossen werden:

☒ Ja

☐ Nein

5. Auswirkungen auf die Schutzgüter Luft und Klima

5.1 Art und Ausmaß der Auswirkungen, betroffenes Gebiet

Durch das Vorhaben bestehen keine erheblichen Auswirkungen, da die Nutzung und Struktur der betroffenen Flächen nicht verändert wird.

5.2 Schwere und Komplexität der Auswirkung

siehe 5.1

5.3 Wahrscheinlichkeit der Auswirkung

siehe 5.1

5.4 Zeitpunkt des Eintretens, Dauer, Häufigkeit und Umkehrbarkeit der Auswirkung

siehe 5.1

5.5 Vermeidungsmaßnahmen

siehe 5.1

5.6 Abschließende fachliche Bewertung

Erhebliche Auswirkungen auf die Schutzgüter Luft und Klima können ausgeschlossen werden:

☒ Ja

☐ Nein

6. Auswirkungen auf die Schutzgüter Landschaft, kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter

6.1 Art und Ausmaß der Auswirkungen, betroffenes Gebiet, ggf. Bezeichnung des kulturellen Erbes / sonstigen Sachguts

Durch das Vorhaben bestehen keine erheblichen Auswirkungen, da die Nutzung und Struktur der betroffenen Flächen nicht verändert wird.

6.2 Schwere und Komplexität der Auswirkung

siehe 6.1

6.3 Wahrscheinlichkeit der Auswirkung

siehe 6.1

6.4 Zeitpunkt des Eintretens, Dauer, Häufigkeit und Umkehrbarkeit der Auswirkung

siehe 6.1

6.5 Vermeidungsmaßnahmen

siehe 6.1

6.6 Abschließende fachliche Bewertung

Erhebliche Auswirkungen auf die Schutzgüter Landschaft, kulturelles Erbe und/oder sonstige Sachgüter können ausgeschlossen werden:

☒ Ja

☐ Nein

7. Sind Wechselwirkungen zwischen Eigenschaften des Vorhabens möglich, die sich verstärken und dadurch zu erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen führen? Sind Wechselwirkungen mit anderen Vorhaben möglich, die zu zusätzlichen oder verstärkten Umweltauswirkungen führen?

7.1 Beschreibung der sich verstärkenden Eigenschaften bzw. Beschreibung der Wechselwirkung tretenden Vorhaben

Durch das Vorhaben bestehen keine erheblichen Auswirkungen, da die Nutzung und Struktur der betroffenen Flächen nicht verändert wird.

7.2 Beschreibung des Zusammenwirkens der Auswirkungen

siehe 7.1

7.3 Vermeidungsmaßnahmen und Einschätzung der Wirksamkeit

siehe 7.1

7.4 Abschließende fachliche Bewertung:

Erhebliche Auswirkungen durch Wechselwirkungen und/oder Zusammenwirken können ausgeschlossen werden:

☒ Ja

☐ Nein

8. Grenzüberschreitende Auswirkungen

8.1 Darstellung der Art der grenzüberschreitenden Auswirkungen, betroffenes Gebiet

Durch das Vorhaben bestehen keine erheblichen Auswirkungen, da die Nutzung und Struktur der betroffenen Flächen nicht verändert wird.

8.2 Vermeidungsmaßnahmen und Einschätzung ihre Wirksamkeit

siehe 8.1

8.3 Abschließende fachliche Bewertung:

Grenzüberschreitende Auswirkungen können ausgeschlossen werden:

☒ Ja

☐ Nein

D. Zusammenfassende Bewertung

Kann ausgeschlossen werden, dass von dem Vorhaben aufgrund der oben beschriebenen Auswirkungen erhebliche und nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt ausgehen?

☒ Ja

☐ Nein

Hinweis:

Bei der Beantwortung der Fragestellung mit „Nein“ ist von einer UVP-Pflicht auszugehen.

Die nachfolgende Begründung des Vorhabenträgers soll die Einschätzung der Erheblichkeit möglicher Auswirkungen des Vorhabens zusammenfassend bewerten und erläutern. Erst die argumentative Zusammenfassung der einzelnen Teile des Prüfkataloges ermöglicht eine Einschätzung der Erheblichkeit möglicher Auswirkungen und eine Gesamteinschätzung.

Zusammenfassende Begründung:

Durch die Erneuerung der Oberleitungsanlagen und punktuelle Gleisanpassungen sind keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten.

Es handelt sich um die Sanierung und Erneuerung bestehender Anlagen in städtisch geprägter Umgebung. Die beanspruchten Flächen sind bereits durch die Verkehrsanlagen der Straßenbahn und des versiegelten Straßenraumes vorbelastet und gering empfindlich. Eine qualitative Verschlechterung hinsichtlich der Schutzgüter Wasser, Boden sowie Natur und Landschaft entstehend durch die Maßnahmen nicht.

Da keine wesentliche Änderung im Sinne der 16. BImSchV an den Gleisanlagen vorgesehen ist, sind zusätzliche Beeinträchtigungen durch Schall und Erschütterungen nicht zu erwarten.

Temporäre Auswirkungen durch Schallemissionen während der Bauzeit des Vorhabens können durch die Beachtung lärmindernder Vorschriften und entsprechender Auflagen reduziert bzw. vermieden werden. In einer Baulärmuntersuchung sind Empfehlungen für Auflagen zur Vermeidung aufgeführt (vgl. Anlage 4).

Dauerhaft verbleibende, erheblich nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt, die eine UVP-Pflicht begründen würden, sind durch das geplante Vorhaben insgesamt nicht zu erwarten.

Die Durchführung einer UVP ist aus Sicht des Vorhabenträgers nicht erforderlich.

E. Versicherung

Die vorstehend gemachten Angaben wurden vollständig und zutreffend nach dem im Zeitpunkt der Unterschrift vorhandenen Wissenstand ausgefüllt.

Datum, Ort:	15.07.2022, Karlsruhe
Unterschrift des Projektleiters:	
Vor-/ Nachname des Projektleiters in Druckbuchstaben:	Andreas Peter

Hinweise

Die Arbeitshilfe dient dazu der Planfeststellungsbehörde unter Heranziehung geeigneter Angaben des Vorhabenträgers die Vorprüfung, ob im Einzelfall eine UVP-Pflicht besteht, zu ermöglichen und zu erleichtern. Eine Vorprüfung findet in folgenden Fällen von vorneherein nicht statt:

1. Zwingende UVP-Pflicht

Der Bau und die Änderung von Bahnbetriebsanlagen ist UVP-pflichtig für

- den Bau eines Schienenwegs von Eisenbahnen mit den zugehörigen Betriebsanlagen sowie Bahnstromfernleitungen auf dem Gelände der Betriebsanlage oder entlang des Schienenwegs;
- den Bau von Gleisanschlüssen mit einer Länge von mehr als 2 000 m; den Bau von Gleisanschlüssen bei einer Länge von 2 000 m und weniger dann, wenn er Bestandteil des Baus eines Schienenwegs nach Nr. 14.7 der Anlage 1 UVPG ist; den Bau und die Änderung von Gleisanschlüssen nach Maßgaben der §§ 9-14 UVPG
- den Bau von Zuführungs- und Industriestammgleisen mit einer Länge von mehr als 3 000 m; den Bau von Zuführungs- und Industriestammgleisen bei einer Länge von 3 000 m und weniger dann, wenn er Bestandteil des Baus eines Schienenwegs nach Nr. 14.7 der Anlage 1 UVPG ist; den Bau und die Änderung von Zuführungs- und Industriestammgleisen nach Maßgabe der §§ 9-14 UVPG

2. Antrag des Vorhabenträgers auf Durchführung einer UVP

Bei ansonsten vorprüfungspflichtigen Vorhaben kann der Vorhabenträger nach § 7 Abs. 3 UVPG bzw. nach § 9 Abs. 4 i.V.m. § 7 Abs. 3 UVPG die Durchführung einer UVP beantragen. Erachtet die Planfeststellungsbehörde dies als zweckmäßig, entfällt die Vorprüfung, das Vorhaben ist damit UVP-pflichtig.

3. Gesetzlicher „Entfall“ der UVP

Durch das Gesetz zur Beschleunigung von Investitionen vom 3. Dezember 2020 (BGBl. I, Seite 2694 ff.) wurde eine Reihe von Maßnahmen definiert, die von Gesetzes wegen keiner Umweltverträglichkeitsprüfung bedürfen. Im Einzelnen handelt es sich dabei um:

- die Änderung eines Schienenwegs oder einer sonstigen Bahnbetriebsanlage nach den Nummern 14.7, 14.8 und 14.11 der Anlage 1 UVPG, soweit sie lediglich aus den folgenden Einzelmaßnahmen besteht:
 - den im Rahmen der Digitalisierung einer Bahnstrecke erforderlichen Bau-maßnahmen, insbesondere der Ausstattung einer Bahnstrecke mit Signal- und Sicherungstechnik des Standards European Rail Traffic Management System (ERTMS),

- dem barrierefreien Umbau oder der Erhöhung oder Verlängerung eines Bahnsteigs,
- der technischen Sicherung eines Bahnübergangs,
- der Erneuerung eines Eisenbahnübergangs,
- der Erneuerung und Änderung eines Durchlasses,
- der Herstellung von Überleitstellen für Gleiswechselbetriebe.

(vgl. § 14a Abs. 1 UVPG)

- den Bau einer sonstigen Betriebsanlage von Eisenbahnen, insbesondere einer intermodalen Umschlaganlage oder eines Terminals für Eisenbahnen, wenn diese eine Fläche von weniger als 2 000 m² in Anspruch nimmt, soweit der Bau nicht Teil des Baus eines Schienenwegs nach Nummer 14.7 oder einer Bahnstromfernleitung nach Nummer 19.13 ist und kein Fall nach Maßgabe der §§ 9-14 UVPG vorliegt, durch den eine Fläche von mehr als 2 000 m² in Anspruch genommen wird.

(vgl. Nummer 14.8.3.2 der Anlage 1 UVPG)

(Anmerkung: Es obliegt auch dem Vorhabenträger zu prüfen, ob die genannten gesetzlichen Ausnahmen von der UVP-Pflicht der aktuellen Gesetzeslage entsprechen.)